



MENSCHLICHE SICHERHEIT IST EIN GEMEINSAMES INTERESSE

Warum Sicherheit in der Nationalen Sicherheitsstrategie umfassend gedacht werden muss

Deutschland steht vor grundlegenden sicherheitspolitischen Entscheidungen. Krieg und gewaltsame Konflikte, die Klimakrise, Hunger und wachsende Ungleichheit, die Schwächung des Völkerrechts und globale Gesundheitsrisiken bedrohen Menschen und Gesellschaften weltweit. Viele dieser Krisen wirken über Grenzen hinweg und betreffen auch die Sicherheit und Stabilität Deutschlands.

Die Bundesregierung hat mit dem Nationalen Sicherheitsrat ein neues Gremium geschaffen, das ressortübergreifende Lagebilder erstellen und strategisch vorausschauend sicherheitspolitische Entscheidungen vorbereiten soll. Die erste nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2023 soll neugefasst und die verschärfte militärische und hybride Bedrohungslage stärker priorisieren.

Damit stellt sich eine grundlegende Frage: Was versteht der Nationale Sicherheitsrat unter Sicherheit – und mit welchen Mitteln lässt sie sich dauerhaft herstellen?

Die bisherige nationale Sicherheitsstrategie stellte Verteidigungsfähigkeit, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit in einen engen Zusammenhang und betonte die Bedeutung von Prävention. Das dort etablierte Konzept der „Integrierten Sicherheit“ erkennt an, dass Sicherheit mehr umfasst als militärische Verteidigung. Es wurde im Koalitionsvertrag 2025 bestätigt. An dieses Verständnis muss die neue Nationale Sicherheits-

strategie anknüpfen und das Konzept weiterentwickeln. Der Krieg in der Ukraine, hybride Angriffe auf kritische Infrastruktur, die Gefährdung von Lieferketten, eine massive Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland – diese Herausforderungen sind real. Doch eine wirksame Sicherheitspolitik darf sich nicht auf defensive Maßnahmen beschränken. Sicherheit entsteht nicht allein durch die Fähigkeit, Bedrohungen abzuwehren. Sie entsteht auch dort, wo Krisen verhindert, Lebensgrundlagen geschützt, gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt, Menschenrechte verwirklicht und internationale Regeln durchgesetzt werden.

VENRO setzt sich deshalb dafür ein, menschliche Sicherheit als Leitprinzip in der Nationalen Sicherheitsstrategie und in der Arbeit des Nationalen Sicherheitsrats zu verankern.

Menschliche Sicherheit erweitert den sicherheitspolitischen Blick

Menschliche Sicherheit stellt Menschen und ihre Gemeinschaften in den Mittelpunkt von Sicherheitspolitik. Sie bedeutet „Freiheit von Angst und Not“ und umfasst den Schutz vor Gewalt, Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und willkürlicher Verfolgung ebenso wie den Zugang zu Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung und natürlichen Ressourcen. Dieses Verständnis berücksichtigt, dass Menschen je nach Geschlecht,

Alter, Behinderung, Herkunft oder sozialer Situation unterschiedlich von Unsicherheit betroffen sind.

Menschliche Sicherheit steht nicht im Gegensatz zur Verteidigungsfähigkeit eines Staates. Sie erweitert vielmehr den Blick darauf, wodurch Sicherheit entsteht und wodurch sie gefährdet wird. Militärische Abschreckung kann vor militärischen Angriffen schützen. Sie verhindert aber keine Dürren und Hungersnöte, stärkt keine Gesundheitssysteme, schafft kein Vertrauen in staatliche Institutionen und kann die Erosion internationaler Regeln nicht aufhalten. Gerade weil Deutschland mit einer verschärften militärischen und hybriden Bedrohungslage konfrontiert ist, braucht es deshalb einen umfassenden Sicherheitsansatz. Die nationale Sicherheitsstrategie und Sektor- oder Regionalstrategien sollten einem gemeinsamen Leitbild folgen: Vorrang für Prävention und zivile Ansätze, wo immer diese wirksam zur Verhinderung und Bearbeitung von Krisen beitragen können.

Folgende Aspekte sind dafür besonders wichtig:

1. Prävention ist Sicherheitspolitik – warum ein vorausschauender Blick weniger kostet und mehr bewirkt

Sicherheitspolitik muss möglichst früh ansetzen. Wo sie Krisen verhindert oder deren Folgen begrenzt, schützt sie Menschenleben, erhält politische Handlungsräume und kann hohe Folgekosten vermeiden.

Die ökonomische Dimension ist erheblich. Der Global Peace Index 2026 beziffert die weltweiten wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt im Jahr 2025 auf rund 21,8 Billionen US-Dollar – das entspricht 10,5 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung oder statistisch 2.657 US-Dollar pro Person.¹

Gleichzeitig zeigen Untersuchungen zur Katastrophenvorsorge, dass frühzeitiges Handeln erhebliche Folgekosten vermeiden kann: Laut dem UN-Büro für Katastrophenvorsorge (UNDRR) können Investitionen in die Katastrophenrisikoreduzierung je nach Maßnahme ein Mehrfaches der eingesetzten Mittel an späteren Reaktions-, Wiederaufbau- und wirtschaftlichen Folgekosten vermeiden. Demnach werden durch jeden US-Dollar, der in eine resiliente Infrastruktur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen investiert wird, vier US-Dollar eingespart; andere Untersuchungen beziffern Einsparungen bei der Katastrophenreaktion auf vier bis sieben US-Dollar je investiertem US-Dollar. Prävention schützt damit nicht nur Menschenleben und Entwicklungserfolge, sondern ist auch eine Frage des wirtschaftlich verantwortungsvollen Einsatzes öffentlicher Mittel.

Besonders deutlich wird dies bei der Klimakrise. Sie zerstört Lebensgrundlagen, verschärft bestehende Vulnerabilitäten und kann Ernährungsunsicherheit, Vertreibung und Konfliktrisiken erhöhen. Zugleich sind ihre Folgen – Dürren, Hitzetote und Katastrophen wie im Ahrtal – längst auch in Deutschland spürbar. Die Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung (NIKE)² beschreibt Klimarisiken als eines der fünf größten Sicherheitsrisiken für Deutschland und international.

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen deshalb Bestandteil sicherheitspolitischer Vorsorge sein. Klimabedingte Risiken und ihre Auswirkungen auf vulnerable Bevölkerungsgruppen sollten systematisch in der strategischen Vorausschau und Lagebewertung berücksichtigt werden.

Das Recht auf angemessene Nahrung ist wesentlicher Bestandteil von menschlicher Sicherheit. Die UN schätzt, dass bis zu 520 Millionen Menschen bis 2030 von Hunger betroffen sein könnten – mit

¹ Institut for Economics & Peace (IEP):
↳ [Global Peace Index 2026](#)

² Metis Institut für Strategie und Vorausschau:
↳ [Deutschland in der Klimakrise](#)

direkten Auswirkungen auf globale Stabilität. Konflikte und geopolitische Auseinandersetzungen verursachen Ernteaussfälle und steigende Nahrungsmittelpreise – auch in Deutschland.

Ähnliches gilt für globale Gesundheit. Pandemien und die Ausbreitung gefährlicher Krankheiten, wie aktuell Ebola in der Demokratischen Republik Kongo, zeigen, dass lokale Gesundheitskrisen globale Folgen entwickeln können. Klimafolgen wie Hitze, Wasserknappheit oder die Ausbreitung von Krankheitserregern in neue Regionen erhöhen die Risiken zusätzlich. Leistungsfähige Gesundheitssysteme, Gesundheitsbasisversorgung und internationale Kooperation sind daher wesentliche Bestandteile von Prävention. Ein Sicherheitsverständnis, das erst dann greift, wenn eine Krise Deutschland unmittelbar erreicht, setzt zu spät an.

2. Resiliente Gesellschaften durch Zusammenhalt und Teilhabe

Sicherheit hängt nicht allein von staatlichen Institutionen und Infrastruktur ab. Entscheidend ist auch, ob Gesellschaften in Krisen handlungsfähig bleiben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Vertrauen in Institutionen, funktionierende soziale Sicherungssysteme, politische und soziale Teilhabe, unabhängige Medien und eine vielfältige Zivilgesellschaft erhöhen die Fähigkeit von Gesellschaften, auf Krisen zu reagieren. Polarisierung, Desinformation und der Verlust von Vertrauen können diese Fähigkeit dagegen schwächen. Gesellschaftliche Resilienz ist gerade in langanhaltenden Krisen und Konflikten von hoher Bedeutung. Ein eindringliches Beispiel für die Stärkung der Widerstandskraft durch gesellschaftliches Engagement ist die Ukraine. Und auch Initiativen wie die Emergency Response Rooms im Sudan, die die humanitäre Versorgung der Bevölkerung im Bürgerkrieg sicherstellt, zeugen von der großen Relevanz gesellschaftlicher Resilienz.

Das Verständnis von Resilienz muss deshalb über den Schutz kritischer Infrastruktur hinausgehen. Zivilgesellschaftliche Organisationen erreichen Menschen, die staatliche Institutionen häufig nur unzureichend erreichen, schaffen Räume für Beteiligung, stärken soziale Strukturen und tragen zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte bei. Ihre Perspektiven sollten deshalb auch in die strategische Vorausschau und die Entwicklung sicherheitspolitischer Handlungsoptionen einfließen.

Das gilt auch international. Sicherheitspolitische Entscheidungen Deutschlands können erhebliche Auswirkungen auf Menschen und Gesellschaften in Partnerländern haben. Ihre Perspektiven und die Expertise lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen müssen deshalb systematisch berücksichtigt werden.

3. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit schaffen Sicherheit

Menschliche Sicherheit ist untrennbar mit Menschenrechten verbunden. Sicherheitspolitik muss deshalb nicht nur fragen, wie Staaten und Infrastrukturen geschützt werden, sondern auch, wessen Sicherheit geschützt wird und wer besonderen Risiken ausgesetzt ist.

Krisen, Konflikte und Katastrophen treffen Menschen unterschiedlich. In bewaffneten Konflikten steigt insbesondere die Gefahr geschlechtsbasierter und sexualisierter Gewalt. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind häufig besonderen Risiken ausgesetzt und verfügen gleichzeitig über geringere Möglichkeiten, sich zu schützen oder politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Geschlechtergerechtigkeit und die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“³ gehören deshalb zu einem umfassenden Sicherheitsverständnis. Inklusive Friedensprozesse sind nachhaltiger; zugleich ist die Beteiligung von Frauen und marginalisierten Gruppen eine Frage von Recht und wirksamer politischer Teilhabe.

Für die Nationale Sicherheitsstrategie bedeutet dies: Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit dürfen nicht lediglich Querschnittsthemen auf dem Papier oder normative Ergänzungen sein. Sie müssen zum Bestandteil von Risikoanalysen, strategischer Vorausschau und politischen Entscheidungen werden. Dazu gehört auch, Frauen, marginalisierte Gruppen und ihre Selbstvertretungsorganisationen systematisch an Prozessen, die sie betreffen, zu beteiligen.

4. Internationale Regeln sind Sicherheitsinfrastruktur

Deutschland kann seine Sicherheit nicht allein national gewährleisten. In einer Welt grenzüberschreitender Krisen hängt die Sicherheit Deutschlands wesentlich davon ab, ob internationale Regeln gelten, internationale Institutionen handlungsfähig sind und Konflikte friedlich bearbeitet werden können.

Die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, und internationale Menschenrechtsabkommen setzen staatlichem Handeln und dem Einsatz von Gewalt Grenzen. Internationale Institutionen schaffen Verfahren zur friedlichen Konfliktbearbeitung und ermöglichen Kooperation bei Problemen, die einzelne Staaten nicht allein lösen können.

Die regelbasierte internationale Ordnung ist deshalb keine abstrakte Ergänzung nationaler Sicherheitspolitik. Sie ist Teil der Infrastruktur, auf der gemeinsame Sicherheit beruht. Ihre Schwächung trifft zunächst häufig Menschen in Konfliktregionen: Zivilist_innen verlieren Schutz, humanitäre Zugänge werden erschwert und Rechtsverletzungen bleiben häufiger folgenlos. Langfristig betrifft eine Schwächung der regelbasierten internationalen Ordnung jedoch alle Staaten, deren Sicherheit auf verlässlichen Regeln, Kooperation und der friedlichen Bearbeitung von Konflikten beruht.

Für Deutschland ist die Stärkung des Völkerrechts deshalb zugleich Werte- und Interessenpolitik. Die Bundesregierung sollte internationale Institutionen politisch und finanziell stärken, Verstöße gegen das Völkerrecht konsequent benennen und internationale Partnerschaften so gestalten, dass Menschenrechte und die Interessen der betroffenen Gesellschaften berücksichtigt werden. Sicherheit ist langfristig nur gemeinsam herstellbar.

Vier Prioritäten für die Nationale Sicherheitsstrategie

Die Fortschreibung der Nationalen Sicherheitsstrategie bietet die Chance, militärische Verteidigungsfähigkeit mit einem umfassenden Verständnis menschlicher Sicherheit zu verbinden. Der Nationale Sicherheitsrat kann dazu beitragen, unterschiedliche Ressortperspektiven zusammenzuführen und Risiken früher zu erkennen.

VENRO fordert die Bundesregierung deshalb auf, bei der Fortschreibung der Nationalen Sicherheitsstrategie und in der Arbeit des Nationalen Sicherheitsrats vier Prioritäten zu setzen:

³ Die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und verschiedene Folgeresolutionen

1. Menschliche Sicherheit und Prävention als Leitprinzipien verankern

Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte Sicherheit umfassend definieren und den Schutz von Menschen und ihren Lebensgrundlagen zum Maßstab sicherheitspolitischen Handelns machen. Zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Klima- und Ernährungsrisiken, globale Gesundheit, Menschenrechte und gesellschaftliche Resilienz müssen systematisch in Risikoanalysen und politische Prioritätensetzungen einbezogen werden. Prävention muss dabei als eigenständiges sicherheitspolitisches Handlungsfeld verstanden werden.

2. Menschliche Sicherheit institutionell im Nationalen Sicherheitsrat etablieren

Integrierte Lagebilder und strategische Vorausschau sollten systematisch nichtmilitärische Risiken, Krisenursachen sowie die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Menschen und Gesellschaften berücksichtigen. Dafür braucht es ressortübergreifende Verfahren und einen regelmäßigen, strukturierten Austausch mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und anderen nicht-staatlichen Akteur_innen. Bei Entscheidungen mit Auswirkungen auf Partnerländer sollten darüber hinaus dortige Perspektiven und zivilgesellschaftliche Expertise einbezogen werden.

3. Gesellschaftliche Resilienz und internationale Ordnung als Grundlagen von Sicherheit stärken

Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte die Stärkung des Völkerrechts und multilateraler Institu-

tionen ebenso als Sicherheitsinteresse definieren wie Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine handlungsfähige Zivilgesellschaft. Internationale Partnerschaften müssen sich an diesen Prinzipien messen lassen. Sicherheit darf nicht auf Kosten der Rechte und der Sicherheit anderer Gesellschaften hergestellt werden.

4. Zivile Instrumente mit angemessenen Ressourcen ausstatten

Ein umfassendes Sicherheitsverständnis muss sich im Bundeshaushalt widerspiegeln. Der erhebliche Ausbau der Verteidigungsfähigkeit darf nicht mit einer strukturellen Schwächung jener Instrumente einhergehen, die Krisen verhindern und menschliche Sicherheit stärken. Derzeit entwickelt sich das Verhältnis in die entgegengesetzte Richtung. Es droht ein historisches Ungleichgewicht. Nach dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 und der Finanzplanung bis 2030 steigen die Ausgaben des Verteidigungsministeriums massiv, während die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und das Auswärtige Amt sogar sinken.

Das Verhältnis von Verteidigungsausgaben im Einzelplan 14 zu den Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Einzelplan 23) und des Auswärtigen Amtes (Einzelplan 05) beläuft sich 2027 voraussichtlich auf 7:1. Laut der mittelfristigen Finanzplanung wird sich dieses bis 2030 auf 12:1 verschärfen.⁴ Diese wachsende Schieflage widerspricht einem integrierten Verständnis von Sicherheit.

Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Friedensförderung,

⁴ Die Einzelpläne 05 und 23 bilden weder sämtliche zivilen Sicherheitsausgaben noch die gesamte deutsche ODA (Official Development Assistance) ab. Aber sie illustrieren das wachsende Ungleichgewicht. Im Regierungsentwurf 2027 sind für den Einzelplan 14 rund 110 Milliarden Euro vorgesehen, gegenüber rund 15,4 Milliarden Euro für die Einzelpläne 05

und 23 zusammen. Bis 2030 sollen die Ausgaben des Einzelplans 14 auf rund 184 Milliarden Euro steigen, während für die Einzelpläne 05 und 23 zusammen rund 15 Milliarden Euro vorgesehen sind.

Diplomatie sowie internationaler Klimaschutz und Klimaanpassung benötigen eine verlässliche und angemessene Finanzierung. Wer Sicherheit vorausschauend gestalten will, muss auch in jene Instrumente investieren, die Krisenursachen bearbeiten, gesellschaftliche Resilienz stärken und Eskalationen verhindern. Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte deshalb militärische und zivile Instrumente nicht nur konzeptionell zusammendenken, sondern auch deutlich machen, dass integrierte Sicherheit eine entsprechende Ressourcenbasis für zivile Prävention und internationale Zusammenarbeit voraussetzt.

Sicherheit entsteht gemeinsam

Die entscheidenden Sicherheitsrisiken unserer Zeit sind miteinander verbunden. Kriege zerstören Lebensgrundlagen und verschärfen Hunger. Die Klimakrise erhöht bestehende Vulnerabilitäten und kann Konfliktrisiken verschärfen. Schwache Institutionen und wachsende Ungleichheit verstärken gesellschaftliche Spannungen. Die Erosion des Völkerrechts erschwert eine friedliche Bearbeitung von Konflikten. Und Krisen, die andernorts entstehen, betreffen Deutschland und die Europäische Union unmittelbar oder mittelbar. Deutschland muss auf militärische und hybride Bedrohungen reagieren und seine Verteidigungsfähigkeit stärken. Allerdings ist es ein Fehler, daraus einen verengten Sicherheitsbegriff abzuleiten. Eine vorausschauende Sicherheitspolitik muss die Zusammenhänge zwischen den vielfältigen Sicherheitsrisiken erkennen und aktiv werden, bevor aus diesen Risiken akute Krisen werden.

Die Fortschreibung der Nationalen Sicherheitsstrategie und die Etablierung des Nationalen Sicherheitsrats bieten dafür eine wichtige Gelegenheit. Der Erhalt und Ausbau ziviler Instrumente, Vorausschau und Prävention sind unverzichtbar als Ergänzung zum Ausbau der Verteidigungsfähigkeit. Dazu muss Deutschland wieder mehr Verantwortung für Frieden und menschliche Sicherheit übernehmen. Dies ist in Zeiten knapper öffentlicher Mittel kein Luxus, sondern eine Frage von Weitsicht und Wirtschaftlichkeit.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Tel: 030/2 63 92 99-10, E-Mail: sekretariat@venro.org

Berlin, 27. Oktober 2026

Redaktion:

Bodo von Borries

Besonderer Dank gilt der VENRO-Fachgruppe „Frieden und menschliche Sicherheit“, die die Erarbeitung des Standpunkts durch ihren fachlichen Input aktiv begleitet hat.